

Zusammen machen wir Zukunft

Eine progressive Agenda
für Deutschland und Europa

Forderungen zur Bundestagswahl 2017, beschlossen
auf dem 2. Bundesparteitag von DEMOKRATIE IN
BEWEGUNG am 27. August 2017 in Köln.

**DEMOKRATIE IN
BEWEGUNG**

Politik. Anders. Machen.

Inhalt

Vorwort	3
Politik. Anders. Machen.	5
Demokratie und Mitbestimmung leben	5
Transparenz schaffen	7
Gerecht. Weltoffen. Zukunftsgewandt.	9
Gerechtigkeit und Verantwortung füreinander	9
Ein solidarisches und zukunftsfähiges Europa	14
Eine vielfältige, weltoffene und inklusive Gesellschaft	16
Nachhaltigkeit: Eine Welt für unsere Kinder	20
Zukunft aktiv gestalten	24
Vom Bundesparteitag bestätigte Initiativen	28

Vorwort

‘Es geht uns doch ganz gut’, denken viele Menschen in Deutschland. Und sehen doch, dass viele große Umbrüche und Herausforderungen auf unsere Gesellschaft zukommen.

Foto: Andi Weiland



- Wenn die Politik das Vertrauen der Bürger/innen verspielt, wenn Despot/innen und Rechtspopulist/innen auf dem Vormarsch sind, wenn Hass und Hetze den öffentlichen Diskurs belasten. **Dann steht unsere Demokratie auf dem Spiel.**
- Wenn jedes sechste Kind in Deutschland in Armut aufwächst, wenn alte Menschen Flaschen sammeln, weil ihre Rente nicht reicht, wenn über 40 Prozent der Alleinerziehenden von Hartz IV leben müssen. **Dann steht die soziale Gerechtigkeit auf dem Spiel.**

- Wenn wir Griechenland nicht aus der Schuldenspirale helfen, wenn Polen und Ungarn sich von europäischen Grundwerten verabschieden, wenn der Brexit selbst überzeugte Europäer/innen in eine Schockstarre versetzt. **Dann steht das freie und vereinigte Europa auf dem Spiel.**
- Wenn Luftverschmutzung jedes Jahr Millionen Todesopfer fordert, wenn die Abholzung der Wälder eine Art nach der anderen vernichtet, wenn die USA ohne mit der Wimper zu zucken aus dem Kampf gegen den Klimawandel aussteigen. **Dann steht unser Planet auf dem Spiel.**

Doch wie können wir diese Herausforderungen anpacken? Wer entwickelt heute Utopien für das digitale Zeitalter? Wer zeichnet ein Bild davon, wie unsere gemeinsame Zukunft aussehen kann?

Dieses Feld überlässt die Politik zu oft der Wirtschaft. Die Parteien verlieren die Kontrolle und lassen sich vom gesellschaftlichen Wandel treiben.

„Weiter so“ ist keine Lösung. Wir brauchen neue Antworten auf neue Fragen! Und die finden wir nur in einem offenen demokratischen Austausch. Wir brauchen dafür möglichst viele und möglichst unterschiedliche Menschen. Sie müssen mitdenken, mitdiskutieren und mitentscheiden können.

Demokratie braucht uns alle. Wir alle brauchen DEMOKRATIE IN BEWEGUNG.

Zusammen entwickeln wir eine innovative und progressive Agenda mit Lösungsansätzen für die großen Herausforderungen der Gesellschaft. Eine Agenda mit den dringendsten Anliegen der Menschen. Eine Agenda für uns, unsere Kinder und unseren Planeten.

Zusammen machen wir Zukunft.

Politik. Anders. Machen.

Demokratie und Mitbestimmung leben

Vieles wird in unserer Gesellschaft neu gedacht: wie wir uns fortbewegen, wie wir arbeiten, wie wir konsumieren. Aber wir müssen auch Mitbestimmung neu denken. Denn viele Menschen haben ihr Vertrauen in die Parteien verloren: Politische Entscheidungen können nicht nachvollzogen werden. Politik wird als alternativlos verkauft. Diskussionen finden nicht statt. Parteifunktionär/innen fühlen sich nicht ihrer Basis verpflichtet.

DEMOKRATIE IN BEWEGUNG ist Demokratie zum Mitmachen. Ein neuartiges System von Mitbestimmung und Transparenz in der Politik. Während vielen der Status quo als unveränderbar erscheint, zeigen wir, dass es auch anders geht. Unsere neue und basisdemokratische Struktur garantiert, dass alle bei DEMOKRATIE IN BEWEGUNG mitbestimmen und entscheiden können, was in den Parlamenten verpflichtend umgesetzt werden soll.

Mitbestimmung #brauchtBEWEGUNG

Bei DEMOKRATIE IN BEWEGUNG gilt das **Initiativprinzip**: Alle Menschen sind dazu eingeladen, auch ohne Parteimitgliedschaft mitzumachen und Initiativen zu starten. Wer ein Problem erkannt hat und eine Lösung dafür sieht, stellt diese zur Diskussion. **Gemeinsam erarbeitete Lösungsansätze** werden zur Abstimmung gestellt und bei positivem Beschluss in unser Parteiprogramm übernommen. In unserem **Ethik-Kodex** verpflichten sich alle Mitglieder dazu, unsere Politik auf die Beschlüsse der Basis auszurichten.

Wir wollen die Basisdemokratie und die Zivilgesellschaft in der Politik stärken. Dafür sollen **Bürgerentscheide auch auf Bundesebene** möglich sein – zudem wollen wir alternative Modelle der Beteiligung entwickeln und testen. Ein Beispiel sind **per Losverfahren zusammengesetzte Versammlungen aus Bürgerinnen und Bürgern**, die Positionen zu aktuellen Themen erarbeiten, wie es sie etwa in Irland, Kanada oder Island bereits gegeben hat.

Wir wollen die **Sperrklausel bei der Bundestagswahl von fünf auf drei Prozent absenken**, um die Vielfalt der Meinungen abzubilden. Bei der Wahl 2013 wurden 15,7 Prozent der abgegebenen Stimmen nicht im Parlament repräsentiert, weil die Parteien an der Hürde scheiterten. Dadurch ist der Bundestag noch weniger repräsentativ als er es aufgrund der niedrigen Wahlbeteiligung ohnehin schon ist.

Jede/r zehnte Volljährige in Deutschland darf nicht wählen – das wollen wir ändern: **Wer dauerhaft in Deutschland lebt, soll bei Wahlen und Bürgerentscheiden das aktive und passive Wahlrecht erhalten.**

Parteipolitik #brauchtBEWEGUNG

Parteien sollen die demokratische Meinungs- und Willensbildung der Bevölkerung ermöglichen. Doch das Engagement in einer Partei ist derzeit für sehr viele Menschen nicht attraktiv. Das ändern wir! Wir sind eine **offene und lernende Organisation**, schaffen flexible und individuelle Angebote zum Mitmachen und begeistern dadurch viele und unterschiedliche Menschen für die Politik.

Die vorherrschende Kommunikationskultur in der Politik ist uns ein Dorn im Auge: Statt der Herabwürdigung alternativer Sichtweisen setzen wir auf die **Prinzipien wertschätzender, gewaltfreier und inklusiver Kommunikation.**

So wie viele Unternehmen ihre Organisation einer radikalen Transformation unterziehen, um mit der Zeit zu gehen, brauchen auch Parteien andere Strukturen und Prozesse. Wir arbeiten mit neuen Modellen und Methoden und testen **Alternativen zu klassischen Mehrheitsentscheidungen**, die oft polarisieren und Gewinner/innen und Verlierer/innen produzieren.

Transparenz schaffen

Wir stellen uns gegen zu große Macht eines kleinen Personenkreises und zu viel Einfluss von Lobbyismus auf Entscheidungen. Denn wir sind überzeugt, dass Probleme im Lebensumfeld der Bürger/innen schon lange sichtbar sind, bevor sie ins Blickfeld unserer Politiker/innen geraten. Und wir glauben, dass die Lösungen für diese Probleme nicht durch Unternehmensberatungen und Lobbyist/innen diktiert werden sollten, sondern die besten Lösungswege durch die Betroffenen selbst gefunden werden.

Interessenvertretung #brauchtBEWEGUNG

Das politische System ist verschlossen und intransparent. Politische Entscheidungen sind oft nur schwer oder gar nicht nachvollziehbar: weil Lobbyist/innen Einfluss nehmen auf Gesetze; weil Abgeordnete sich der Fraktions- oder Parteispitze anstatt der Basis verpflichtet fühlen; weil zu viele Politiker/innen undurchsichtig und nach eigenen Interessen handeln; weil wesentliche Entscheidungen in Hinterzimmern getroffen werden.

Bei DEMOKRATIE IN BEWEGUNG unterschreiben alle Mitglieder einen **Ethik-Kodex**, der unter anderem Verpflichtungen für Mandats- und Amtsträger/innen umfasst: etwa die vollständige **Offenlegung von Nebeneinkünften**, den **Verzicht auf bezahlte Nebentätigkeiten**, die **Veröffentlichung sämtlicher Dienstreisen und Termine mit Lobbyist/innen** sowie eine dreijährige **Karenzzeit nach der Amts-/Mandatsausübung**, in der keine Lobbytätigkeit ausgeübt werden darf. Außerdem werden **Mandate auf zwei Legislaturperioden beschränkt**.

In Berlin sind rund 5000 Lobbyist/innen tätig, in Brüssel sogar 20.000. Wir wollen ihren **Einfluss auf Politik und Gesetzgebung beschränken** und vor allem sichtbar machen. Deshalb fordern wir die Einführung eines **verbindlichen Lobby-Registers**, das den Zugang von Organisationen und Personen zu Parlamenten dokumentiert. Durch den sogenannten **„legislativen Fußabdruck“** wollen wir sichtbar machen, wer auf welche Weise und wann Einfluss auf den Entstehungsprozess eines Gesetzes genommen hat.

Parteienfinanzierung #brauchtBEWEGUNG

Wir wollen, dass Parteien ihre Unabhängigkeit bewahren und nicht in den Verdacht geraten, sich abhängig von bestimmten Interessen und Geldgeber/innen zu machen.

DEMOKRATIE IN BEWEGUNG nimmt **keine Spenden von Unternehmen** an. Wir fordern, dass andere Parteien diesem Beispiel folgen. Es schafft kein Vertrauen in die politischen Institutionen, wenn diejenigen, die etwa den Skandal rund um Dieselfahrzeuge und das Autokartell aufarbeiten sollen, noch wenige Wochen vorher hohe Spenden aus der Automobilindustrie kassiert haben.

Die **Spenden von Privatpersonen wollen wir gesetzlich beschränken**, auf 50.000 Euro pro Spender/in pro Jahr. Außerdem sollen die Grenzwerte gesenkt werden, ab denen Spenden veröffentlicht werden müssen.

Gerecht. Weltoffen. Zukunftsgewandt.

Gerechtigkeit und Verantwortung füreinander

Ein freies und selbstbestimmtes Leben für alle erreichen wir nur in einer solidarischen und gerechten Gemeinschaft. Ob arm oder reich: Jeder Mensch verdient die gleiche Chance auf gesellschaftliche Teilhabe und ein würdevolles, gesundes Leben ohne existenzielle Ängste.

Die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit muss ins Zentrum der politischen Agenda gestellt werden. Während heute meist nur die Linderung ihrer Symptome diskutiert wird, verursacht diese Ungerechtigkeit viele der großen Probleme unserer Zeit und der Zukunft.

12,9 Millionen Deutsche, darunter 2,2 Millionen Kinder, sind von Armut betroffen. Ihre Aufstiegschancen sind durch ungerechte Steuerpolitik und ein ineffizientes Bildungssystem gering. Wir wollen für einen Ausgleich sorgen, für bessere Bildung und eine gerechte Gesundheitsvorsorge.

In Schweden gibt es die gesellschaftliche Übereinkunft, dass Vorstandsgehälter nicht maßlos sein dürfen. In Deutschland dagegen bekommen selbst die Vorstände, die schlechte Arbeit geleistet ha-

ben, Millionenabfindungen. Arbeit muss angemessen entlohnt werden. Dies gilt sowohl für die Vorstandsvorsitzende, als auch für den Erzieher oder die Hebamme.

Wir setzen uns für menschenwürdige Arbeit und gerechte Gehälter ein und prüfen Modelle zur Einführung eines Grundeinkommens.

Soziale Sicherheit #brauchtBEWEGUNG

Wir wollen den digitalen Wandel als Chance für die Gesellschaft nutzen und die Umbrüche in der Arbeitswelt und im Sozialsystem sozial gestalten.

Die Würde des Menschen ist unantastbar – dieser Grundsatz muss auch für Menschen gelten, die auf finanzielle Hilfe des Staates angewiesen sind. Hartz IV jedoch ermöglicht kaum ein würdiges Leben – schon gar nicht, wenn Sanktionen den Satz weiter senken dürfen. Wir wollen Hartz IV deshalb durch ein **solidarisches, sanktionsfreies System** ersetzen.

Die Mieten in Deutschland steigen und werden vor allem in den Großstädten immer mehr zur Belastung für viele Menschen. Oft können Wohnungssuchende nur noch zwischen uralt und heruntergekommen oder modern und unbezahlbar wählen. Wir werden in Form einer **breit angelegten Wohnrauminitiative** Zukunftskonzepte für **attraktives und bezahlbares Wohnen** in Städten und im ländlichen Raum entwickeln. Öffentliche und private Investoren müssen diesen Wohnraum gemeinsam schaffen und dabei **allen Einkommensgruppen gerecht werden**. Lücken in der aktuellen Gesetzgebung wollen wir schließen, um eine **effektive Mietpreislösung** zu ermöglichen. Im Kampf gegen die zunehmende Obdachlosigkeit fordern wir ein koordiniertes Gesamthilfesystem für Wohnungsnotfälle und ein **Gesetz zur Vermeidung der Obdachlosigkeit**.

Es gibt ein großes Fragezeichen, wie soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit langfristig sichergestellt werden sollen, wenn Automatisierung und Digitalisierung die Arbeitswelt nachhaltig verändern und in vielen Bereichen Menschen durch Maschinen ersetzen. Es wird Zeit, unser Sozialsystem nicht nur zu reformieren, sondern zu revolutionieren. Das **bedingungslose Grundeinkommen** prägt als Lösungsansatz diese Debatte. Wir sehen darin einen möglichen Lösungsweg, um die Chancen der anstehenden Entwicklungen positiv zu nutzen und zugleich ihre Risiken sozial abzufedern.

Familie #brauchtBEWEGUNG

Wir wollen Familien stärken und allen Kindern die gleichen Chancen auf ein selbstbestimmtes und glückliches Leben eröffnen.

Durch die Wahl eines guten Geburtsortes und eine achtsame, liebevolle Geburtsvorbereitung und -begleitung können wir den Rahmen für eine schöne und sichere Geburt schaffen. Leider entwickelt sich die Geburtshilfe in Deutschland seit Jahren in eine Richtung, die diesem Bedürfnis nicht entspricht: weg von Wahlfreiheit und Geborgenheit, hin zur „Einheitsgeburt“ im Krankenhaus. Wir wollen eine **wohnortnahe Geburtshilfe** flächendeckend gewährleisten, den **Hebammenberuf stärken** und eine 1:1-Betreuung jeder Gebärenden ermöglichen, die **individuelle Wahl des Geburtsortes** schützen sowie dafür Sorge tragen, dass in der Geburtshilfe **die Würde der Mutter und die Sicherheit des Neugeborenen über wirtschaftlichen Gesichtspunkten** stehen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für viele Eltern und insbesondere Alleinerziehende eine große Herausforderung. Wir wollen die **Ganztagsbetreuung in Kitas und Schulen** weiter ausbauen und dabei zugleich die **Qualität der Angebote verbessern**, damit echte Wahlfreiheit besteht. Wir setzen uns dafür ein, dass Mütter und Väter gleichermaßen Verantwortung übernehmen – dafür müssen **Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern abgebaut** und das **Ehegatten-Splitting abgeschafft** werden. Zu viele Alleinerziehende leben mit ihren Kindern von Hartz IV und sind von Altersarmut bedroht – sie verdienen mehr öffentliche Aufmerksamkeit und **staatliche Unterstützung durch Lohnersatzleistungen und eine Kindergrundsicherung**.

Kinder haben Rechte – doch im Grundgesetz sind diese nicht verankert. Wir fordern, die **Kinderrechte als eigenen Artikel ins Grundgesetz** aufzunehmen. Dies betont die Verantwortung von Gesellschaft, Staat und Eltern gegenüber Kindern, ermöglicht einen besseren Schutz und stellt die Beteiligung von Kindern in der demokratischen Gesellschaft sicher.

Steuergerechtigkeit #brauchtBEWEGUNG

Das Steuersystem gehört zu den wesentlichen Grundlagen unseres Zusammenlebens in der Gemeinschaft. Wir wollen es vereinfachen und gerechter gestalten.

Unsere Steuergesetze sind zu kompliziert und ohne Fachwissen nicht zu durchschauen. Schlupflöcher finden deshalb vor allem diejenigen, die sich eine teure Beratung leisten können. Wir wollen insbesondere die **Einkommensteuer deutlich vereinfachen und sozialer gestalten**. Alle Einkommensarten, auch Kapitalerträge, sollen unter die gleichen Steuersätze fallen.

Mit sozial gestalteten Steuerstufen **entlasten wir untere und mittlere Einkommensklassen**, den **Spitzensteuersatz heben** wir im Gegenzug an. Eine **Mindestsicherung als negative Einkommensteuer** ersetzt das bisherige Hartz IV – Sanktionsmöglichkeiten sind dabei nicht vorgesehen.

In internationaler Zusammenarbeit muss dafür gesorgt werden, dass die Gewinne großer **Unternehmen endlich effektiv besteuert** werden. Dies soll dort passieren, wo tatsächlich Wertschöpfung stattfindet. **Steuerflucht muss entschlossener bekämpft werden**. Die Gespräche innerhalb der EU zur **Einführung einer Finanztransaktionssteuer** müssen endlich zu einem Ergebnis gebracht werden.

Gesundheit #brauchtBEWEGUNG

Wir wollen unser solidarisches Gesundheitssystem stärken und im Sinne der Patient/innen und der im Gesundheitssektor tätigen Menschen weiterentwickeln.

Wirtschaftliche Profitinteressen prägen das Gesundheitssystem immer stärker. Das läuft dem Bedürfnis nach bestmöglicher Versorgung im Sinne des Gemeinwohls zuwider. Wir wollen ein **modernes Gesundheitssystem in öffentlicher Hand** gestalten, das einen **schnellen Zugang zu Behandlungen für alle**, eine **Verbesserung der Arbeitsbedingungen** für im Gesundheitssystem tätige Menschen und die Einhaltung hoher **wissenschaftlicher Standards** bei gesetzlichen Krankenkassenleistungen gewährleistet. Wir setzen uns für den Aufbau einer flächendeckenden psychosozialen **Versorgungsstruktur für Geflüchtete** und bessere **Partizipationsmöglichkeiten für Patient/innen** ein.

Wir fordern die **Abschaffung des Zwei-Klassen-Gesundheitswesens** und die **Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze**. In die solidarische, gesetzliche Krankenversicherung sollen alle Menschen einzahlen – Zusatzleistungen, die nicht medizinisch nötig sind, können weiterhin bei privaten Versicherungen in Anspruch genommen werden.

Der Mensch hat ein Recht, über sein Leben zu verfügen. Das beinhaltet das Recht, auch über das Ende zu bestimmen. Deshalb fordern wir eine **professionelle aktive Sterbehilfe** für alle Menschen.

Arbeit #brauchtBEWEGUNG

Die Bundeskanzlerin verspricht wieder einmal Vollbeschäftigung. Auch wir wünschen jedem Menschen eine sinnvolle Beschäftigung – aber nicht zu ungerechten Bedingungen und in prekären Verhältnissen.

Laut Auskunft der Bundesregierung können viele Menschen, die den aktuellen Mindestlohn beziehen und in einer Großstadt leben, ihren Existenzbedarf nicht decken. Wir fordern deshalb eine **Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro**. Gruppen, die derzeit vom Mindestlohn ausgeschlossen sind (z.B. Auszubildende und Langzeitarbeitslose), sollen mindestens 70 Prozent des Mindestlohns verdienen.

Rund eine Million Beschäftigte gibt es in Deutschland in der Leih- und Zeitarbeit. Sie arbeiten in 11.000 Unternehmen. In vielen Fällen dient die Leiharbeit aber nicht mehr dem Abarbeiten von Auftragsspitzen oder dem Ausgleich personeller Unterbesetzung durch Krankheit oder Urlaubszeit, sondern ermöglicht den Unternehmen ein Unterlaufen des eigenen Haustarifvertrags mit oftmals deutlich besseren Sozialleistungen. Wir fordern, dass **Leiharbeiter/innen nur sechs Monate lang beschäftigt werden können und danach festangestellt** werden müssen. Ihre Bezahlung muss **zehn Prozent über dem Lohn der regulär Beschäftigten** am gleichen Arbeitsplatz liegen. Zudem soll es einen **Mindestlohn für die Leih- und Zeitarbeitsbranche** geben, der 20 Prozent über dem allgemeinen Mindestlohn liegt.

Rente #brauchtBEWEGUNG

Wir wollen es nicht hinnehmen, dass bald jede/r fünfte Rentner/in von Altersarmut bedroht ist. Wir brauchen dringend einen solidarischen Umbau unseres Rentensystems.

Minijobs, Teilzeit, prekäre Arbeitsverhältnisse: Auf diese Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt ist unser Rentensystem nicht eingestellt. Mehr und mehr Menschen erreichen keine Rente, die ihre Existenz im Alter sichern kann. Wir fordern deshalb die **Abschaffung des Zwei-Klassen-Systems** und eine **solidarische Rentenversicherung** für alle Bürger/innen, in die auch Selbstständige, Beamt/innen und Politiker/innen einzahlen.

Die Versicherung muss **selbstverwaltet und nicht gewinnorientiert** organisiert sein. Die Versicherten sollen bei Entscheidungen zur Gestaltung der Rahmenbedingungen eingebunden werden.

Ein solidarisches und zukunftsfähiges Europa

Wir verstehen uns als Gegenentwurf zum erstarkenden Nationalismus und Rechtspopulismus. Anstatt Deutschland abzuschotten, engagieren wir uns für eine starke Europäische Union. Die EU, das ist nicht nur Brüssel – die EU, das sind 28 vielfältige Staaten, die in Frieden und Freiheit miteinander leben. Um das zu bewahren, soll die EU demokratischer und solidarischer werden.

Wir wünschen uns einen starken europäischen Rahmen und zugleich mehr Einfluss vor Ort in den Regionen. Ein Europa von unten. Ein Europa der Bürgerinnen und Bürger.

Brüssel #brauchtBEWEGUNG

Wir brauchen einen **demokratischen Aufbruch in ganz Europa**. Die Rolle der EU wird immer wichtiger, um die Herausforderungen unserer Zeit zu lösen, aber ohne eine weitere Demokratisierung ihrer Institutionen, durch die sie das Vertrauen der Menschen wiedererlangt, wird das europäische Projekt scheitern.

Aufgrund zahlreicher Reformen ist die EU heute zwar demokratischer, integrierter und solidarischer als je zuvor. Aber dieser eingeschlagene Reformweg muss beschleunigt und gegen Tendenzen der Renationalisierung verteidigt werden.

Die EU leidet nach wie vor an einem erheblichen Demokratiedefizit und mangelnder Transparenz. Politische Beamt/innen in der EU-Kommission verfügen über enorme exekutive Macht – oft ohne ausreichende demokratische Kontrolle. Der Gesetzgebungsprozess wird beeinflusst von Lobbyist/innen und findet ohne angemessene Begleitung einer breiten medialen Öffentlichkeit statt.

Wir fordern, **Kompetenzen – insbesondere das Initiativrecht bei der Gesetzgebung – von der EU-Kommission auf das gewählte Europäische Parlament zu übertragen.** Der Einfluss von Unternehmen und Lobbyist/innen muss eingeschränkt und transparent gemacht werden.

Unsere langfristige Vision ist die Gründung einer **föderalen, parlamentarischen Republik, der Vereinigten Staaten von Europa**, die auf einer auf den Menschenrechten beruhenden gesamteuropäischen Verfassung basiert. Zugleich sollen **im Sinne der Subsidiarität die Regionen gestärkt** werden. Das neue Europa schafft zwar einen zentralen Rahmen – mit Leben gefüllt wird dieser aber von den Menschen vor Ort, gemeinsam und demokratisch.

Freihandel #brauchtBEWEGUNG

Wir wollen, dass Freihandelsabkommen der EU mit anderen Ländern der Welt demokratisch, gerecht und nachhaltig gestaltet werden.

Handelsabkommen wie TTIP und Ceta wurden bislang weitgehend ohne demokratische Kontrolle ausgehandelt. So bleiben Gerechtigkeit, Gemeinwohl und Nachhaltigkeitsziele zu oft zugunsten von Wirtschaftsinteressen auf der Strecke. Das wollen wir ändern! Bei der Ausarbeitung neuer Handelsabkommen müssen **demokratische Prinzipien eingehalten und Transparenz geschaffen** werden.

Eine **Ethik-Kommission** soll sicherstellen, dass neben wirtschaftlichen auch soziale und ökologische Bedürfnisse sowie die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen berücksichtigt werden. Die **Justiz darf nicht durch sogenannte Investor-Staat-Schiedsverfahren ausgehebelt werden.** Die Freiheit der öffentlichen Daseinsvorsorge darf nicht eingeschränkt werden.

Eine vielfältige, weltoffene und inklusive Gesellschaft

Die Freiheit, verschieden sein zu können, ist ein kostbares demokratisches Gut. Daher ist eine vielfältige Gesellschaft für uns nicht nur selbstverständlicher Status quo, sondern unabdingbar für eine gute Zukunft. Menschen sind Menschen – unabhängig von Alter, Geschlecht, Aussehen, Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Sexualität oder einer Behinderung. **Rassismus, Antisemitismus** und anderen diskriminierenden Weltanschauungen wollen wir **mit aller Entschlossenheit entgentreten**.

Nicht zuletzt weil es immer mehr Konfessionsfreie und Menschen nicht-christlichen Glaubens in Deutschland gibt, fordern wir die **strikte Trennung von Staat und Kirche** und die Verankerung des Laizismus im Grundgesetz.

Wir alle gemeinsam haben es in der Hand, ein offenes und menschliches Deutschland zu gestalten – friedlich, respektvoll und tolerant. Dafür brauchen wir keine Leitkultur, wir haben unser Grundgesetz. Wir müssen es nur konsequent durchsetzen gegen die, die Hass und Gewalt verbreiten.

Integration #brauchtBEWEGUNG

Wir wollen eine **Einwanderungs-, Flüchtlings- und Integrationspolitik im Zeichen der Menschenrechte** gestalten.

Immer mehr Menschen sind weltweit auf der Flucht vor Krieg, Unterdrückung und Verfolgung, aber auch vor Armut und den Auswirkungen des Klimawandels. Wir müssen

sichere Fluchtwege schaffen und die **Fluchtursachen international bekämpfen** – dafür ist eine weitere Stärkung der Vereinten Nationen in Konfliktsituationen und auch ein kritisches Hinterfragen der eigenen Rolle (z.B. in Bezug auf deutsche Rüstungsexporte) notwendig.

Das Asylverfahren muss beschleunigt werden. Ein **menschengerechtes Asylverfahren** ist nicht auf Abwehr, sondern auf das Schaffen von Perspektiven ausgerichtet. Wir setzen uns zudem für ein **Einwanderungsgesetz** ein, das eine neue Grundlage für legale Zuwanderung schafft.

Um die Grundrechte aller in Deutschland lebenden Menschen zu würdigen, wollen wir **Vielfalt und gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen** ins Grundgesetz aufnehmen.

Geschlechtergerechtigkeit #brauchtBEWEGUNG

Zwischen den Einkünften von Frauen und Männern klafft noch immer eine Lücke, selbst dann, wenn sie die gleiche Qualifikation haben und die gleiche Tätigkeit ausüben. Die Zahl der Frauen in Führungspositionen in börsennotierten Unternehmen entspricht weder dem gesellschaftlichen Frauenanteil noch einem Abbild ihrer Qualifikation.

Diese Strukturen brechen wir nur auf, wenn mindestens genauso viele Frauen an politischen Prozessen und Entscheidungen teilhaben wie Männer. Doch Frauen stellen nur 37 Prozent der Bundestagsabgeordneten.

Um die **Lücke zwischen den Gehältern von Frauen und Männern** zu schließen, fordern wir den **Ausbau von Ganztagschulen und -kitas** sowie stärkere finanzielle Anreize für Familien, in denen beide Elternteile **Elternzeit** in Anspruch nehmen. Zudem fordern wir **Transparenz von Arbeitgeber/innen** bezüglich der geschlechtergerechten Bezahlung. Das Einklagen der Offenlegung geschlechtsspezifischer Lohnunterschiede vor dem Arbeitsgericht soll erleichtert werden. Wir treten für die Einführung einer **Frauenquote von 50 Prozent in Führungsgremien** und hohen Führungspositionen ein.

35 Prozent der in Deutschland lebenden Frauen haben bereits körperliche und/oder sexuelle Gewalt erfahren. Um **Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen**, fordern wir **mehr finanzielle Unterstützung für Hilfsorganisationen**, die sich mit Gewalt gegen Frauen befassen, verpflichtende Fortbildungen für Angehörige von Justiz, Ermittlungsbehörden und Notaufnahmen sowie die **flächendeckende Einrichtung von Opferschutzambulanzen**. Geschlechtsdiskriminierende und **sexistische Werbung soll verboten werden**.

Teilhabe #brauchtBEWEGUNG

In Deutschland fehlen gesetzliche Verpflichtungen, um auch außerhalb des öffentlichen Sektors ausreichende Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung zu realisieren. Inklusion in Schulen ist zwar mittlerweile als politisches Ziel ausgegeben – doch es wird zu wenig investiert und zu wenig qualifiziertes Personal eingesetzt, sodass Schüler/innen, Lehrer/innen und Eltern überfordert sind. Die Beschäftigung in Werkstätten für Menschen mit Behinderung und Unterbringung in Heimen, teilweise gegen den Willen Betroffener, zementieren ein System der Separation mit Sonderwelten für behinderte Menschen.

Wir fordern die **vollständige, umfassende Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention** in ihrem Wortlaut, aber auch in ihrer Intention. Betroffene sollen durch die Behindertenverbände stärker in den politischen Prozess eingebunden werden.

Wir fordern effektive Maßnahmen zur Herstellung umfassender **Barrierefreiheit**, eine **Inklusion von der Kita bis zur Hochschule**, begleitet durch geschultes Fachpersonal. Wir setzen uns ein für die **Abschaffung der Sonderwelten** für Menschen mit Behinderung, insbesondere den **Ausstieg aus dem System der Förderschulen und Werkstätten**.

Für ein selbstbestimmtes Leben inmitten der Gesellschaft fordern wir eine grundlegende **Überarbeitung des Bundesteilhabegesetzes** und die vollständige **Herauslösung der Teilhabeleistungen aus dem Sozialhilferecht**. Das Wunsch- und Wahlrecht muss ohne Abstriche gewährleistet werden, damit jeder Mensch möglichst selbstbestimmt leben kann und insbesondere seine **Wohnform frei wählen und nach seinem Bedarf mobil** sein kann. Die **Gewährung von Hilfeleistungen zur Teilhabe**, wie zum Beispiel Assistenz oder **Kommunikationshilfebedarf**, muss unabhängig von Einkommen und Vermögen gegeben sein.

Wir fordern, dass die **Gebärdensprache als Amtssprache** anerkannt und als Wahlfach in Schulen angeboten wird.

LGBTQI* #brauchtBEWEGUNG

Bei einer EU-weiten Umfrage gab fast die Hälfte aller befragten LGBTQI*-Menschen in Deutschland an, sie seien in den vergangenen zwölf Monaten wegen ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert worden. Das aktuelle Erstarken des Rechtspopulismus in Deutschland scheint diesen Trend zu verstärken.

Die Gewährung gleicher Rechte und der vollen rechtlichen Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften seitens des Staates sollen der Diskriminierung und Ausgrenzung durch die Gesellschaft entgegenwirken. Wir fordern eine **komplette Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren** und unterstützen die Ehe als Rechtsform auch für homosexuelle Paare. Außerdem fordern wir die **Vereinfachung der Änderung des Personenstandes** für inter-/transsexuelle Menschen.

Lesben, Schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen sind ein selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität und das muss so akzeptiert und **als Grundrecht untermauert** werden. Deshalb fordern wir, den Gleichheitsartikel im Grundgesetz (Artikel 3, Absatz 3 GG) um die Merkmale der „sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität“ zu erweitern.

Nachhaltigkeit: Eine Welt für unsere Kinder

Eine Welt, ein Planet: Die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen dienen uns als zentrale Leitlinien auf dem Weg, eine zukunftsfähige und nachhaltige Welt zu gestalten, in der künftige Generationen in Freiheit und solidarisch leben können.

Wir haben die Verantwortung, unseren Planeten für unsere Kinder zu erhalten. Deshalb brauchen wir weitsichtige Lösungen bei der Energiewende, beim Klimaschutz und in der Landwirtschaft. Jede/r Einzelne kann dazu beitragen, dass wir keine Wegwerfgesellschaft bleiben, aber auch die Politik muss hierfür Weichen stellen.

Unsere Vision: Deutschland ist 2030 weltweit Vorreiter beim Thema Nachhaltigkeit. Wir erschaffen uns und unseren Kindern ein sicheres, gesundes und reichhaltiges Lebensumfeld, das nicht auf Kosten anderer Länder geht.

Umwelt #brauchtBEWEGUNG

Der Beitrag Deutschlands zur Eindämmung des Klimawandels hat sich verringert – und dies, obwohl Umweltschutz ein wichtiges Anliegen der Bundesbürger/innen ist und bleibt. 95% von ihnen befürworten Erneuerbare Energien für Strom und Wärme – und doch werden Windparks verhindert und der Kohleabbau floriert. Wir erschöpfen unseren Planeten und seine Ressourcen – Naturkatastrophen, Artensterben, Überfischung und Wassermangel sind deutliche Zeichen: Wir müssen etwas ändern!

Wir setzen uns dafür ein, **so schnell wie möglich von fossilen auf erneuerbare Energieträger umzusteigen**, um die gesteckten Klimaziele einhalten zu können. Die Energiewende soll gemäß unseren Werten sozialverträglich und demokratisch gestaltet werden. Eine **dezentrale Energiepolitik ermöglicht Teilhabe, Engagement und Verantwortungsübernahme** von Bürgerinnen und Bürgern.

Wir wollen eine **Emissionsabgabe einführen** und **schrittweise Klimaschadgase wie CO₂ und Methan bepreisen**. Dadurch soll die Nachfrage nach Produkten mit hoher Emission reduziert werden – Unternehmen werden angeregt, weniger umweltschädliche Produkte zu entwickeln. Die Einnahmen aus der Abgabe sollen in Umweltprojekte fließen.

Der Skandal rund um Dieselfahrzeuge und Kartellvorwürfe gegen die Automobilindustrie unterstreicht, dass trotz der dramatischen Prognosen in Bezug auf den Klimawandel und drohende Umweltkatastrophen noch immer zu oft wirtschaftliche Interessen über Umweltinteressen stehen. Wir wollen uns dafür stark machen, den **Einfluss des Industriellobbyismus auf die Politik deutlich in die Schranken zu weisen**. Zu einem klaren Zeichen für klimafreundliche Mobilität muss es gehören, die bestehenden **Diesel-Steuervorteile zu streichen** und Auflagen in Bezug auf Grenzwerte rigoroser durchzusetzen.

Ernährung #brauchtBEWEGUNG

Obwohl die Bürger/innen sich gesund ernähren möchten und lieber ökologisch produzierte Lebensmittel kaufen würden, anstatt alle Jahre wieder durch Lebensmittel-skandale verunsichert zu werden, ist ein Ende von Massentierhaltung und Pestiziden auf den Feldern nicht abzusehen. Die industrielle Landwirtschaft führt zu vielen Problemen wie dem Verlust von Artenvielfalt und der Wasserverschmutzung. Deshalb sollen umfangreiche Maßnahmen zur **Förderung der ökologischen Landwirtschaft** ergriffen werden. Dies beinhaltet beispielsweise die Umstellung der EU-Agrarsubventionen und Anreize für Landwirte zur Umstellung auf ökologische Landwirtschaft. Wir wollen die **Massentierhaltung beenden** und stattdessen den Tieren, die uns „nützen“, ein würdevolles und artgerechtes Leben ermöglichen.

Wir fordern ein **europaweites Gentechnikverbot in der Landwirtschaft** sowie die **Abschaffung von Patenten auf lebende Organismen**. Der Einsatz von **Glyphosat soll verboten werden**.

Jährlich landen in Deutschland rund 11 Millionen Tonnen Lebensmittel im Wert von circa 25 Milliarden Euro im Müll. Zur Verschwendung tragen alle bei: Hersteller, Landwirtschaft, Handel und Verbraucher/innen. Die Folgen sind immens: Wir verschwenden wertvolle Lebensmittel, vernichten Ressourcen und dies vor allem zum Nachteil der Umwelt und mittelloser Menschen. Wir fordern, dass **Supermärkte keine Lebensmittel mehr wegschmeißen dürfen**, sondern diese zum Beispiel an Einrichtungen wie die Tafeln weitergeben müssen.

Frieden #brauchtBEWEGUNG

Wir wollen eine **Außenpolitik gestalten**, die auf weltweite Friedenswahrung und Deeskalation von internationalen Konflikten ausgerichtet ist. Wir streben an, das System der Vereinten Nationen effektiver und demokratischer zu gestalten, Rüstungsexporte zu beschränken, internationale Armut zu bekämpfen und globale kollektive Sicherheit zu stärken.

Noch immer sind viele Teile der Erde von Konflikten geprägt, die jedes Jahr hunderttausende Opfer fordern. Deutschland ist drittgrößter Waffenexporteur und sorgt damit in vielen Teilen der Welt für eine Verschärfung von Konflikten und Unterdrückung. Wir wollen das politische und wirtschaftliche Gewicht Deutschlands und der EU nutzen, um zu **verhindern, dass Konflikte gewaltsam ausgetragen werden**. Der Einsatz militärischer Mittel soll ausnahmslos **im Rahmen des Völkerrechts und der UN** erlaubt sein. Wir wollen Rüstungsexporte verbindlich neu regeln und stark begrenzen. Insbesondere dürfen **keine Rüstungsgüter mehr in Konfliktgebiete** geliefert werden oder an Staaten und Gruppen, die für erhebliche Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind.

Durch die vertragswidrige Nukleare Teilhabe und in Deutschland stationierte Atomwaffen behindert Deutschland die nukleare Abrüstung – entgegen den Interessen vieler Teile der Bevölkerung. Wir wollen, dass die **Atomwaffen aus Deutschland abgezogen** werden. Deutschland soll sich innerhalb der NATO für atomare Abrüstungsinitiativen einsetzen und im Rahmen der Vereinten Nationen maßgeblich zu den **Bestrebungen für ein globales Atomwaffenverbot** beitragen.

In den Vereinten Nationen sehen wir die beste Chance, die Menschenrechte sowie friedenssichernde und demokratische Grundwerte langfristig weltweit zu verwirklichen. Dafür streben wir eine **Demokratisierung der UN** an, etwa durch die **Abschaffung des Sicherheitsrats** und die Übertragung seiner Kompetenzen auf die Vollversammlung.

Entwicklung #brauchtBEWEGUNG

Wir stellen die **Bekämpfung von Armut** und das Erreichen der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung in den Mittelpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.

Wir wollen die **Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit** erhöhen, Entwicklungsländern eine gerechte Teilhabe an der Weltwirtschaft ermöglichen und **Hilfe zur Selbsthilfe** durch Wissens- und Technologietransfer und engagierte Entwicklungshelfer/innen leisten.

Deutschland soll darauf hinwirken, dass internationale Verträge und Handelsabkommen nicht zu einer ungerechten Weltwirtschaftsordnung beitragen. Umweltzerstörung, Menschenrechtsverletzungen, Plünderung von Ressourcen und Steuervermeidung durch transnationale Unternehmen müssen sanktioniert und wo möglich verhindert werden.

Weltweit hat bereits ein Kampf um die knapper werdende Ressource Wasser begonnen. **Wasser muss der Allgemeinheit öffentlich zugänglich bleiben**, die Rechte daran sollen in öffentlicher Hand und die Qualität in öffentlicher Überwachung bleiben. **Wasser ist kein Spekulationsobjekt** und darf nicht zum Wirtschaftsgut zur Gewinnerzielung werden.

Zukunft aktiv gestalten

Es kommen große Herausforderungen auf unsere Gesellschaft zu. Mobilität, Energie, Wohnen und Arbeiten – die Digitalisierung stellt viele Lebensbereiche auf den Kopf. Um diesen Wandel im Sinne der Gesellschaft zu gestalten, müssen wir gemeinsam neue Utopien und Visionen für unser Zusammenleben entwickeln. Wir müssen Kreativität, Erfindergeist und Gründerkultur stärken und heute schon die Rahmenbedingungen für zukünftige Entwicklungen setzen.

Dabei sind nicht nur technische Neuerungen und Innovationen gefragt, sondern auch Ideen für die Zukunft unseres Sozial- und Gemeinwesens, unseres Bildungssystems und der öffentlichen Infrastruktur. Wir wollen den digitalen Wandel kultivieren und gerecht und nachhaltig gestalten.

Doch wer entwickelt heute Strategien für unsere Gesellschaft im digitalen Zeitalter? Wer entwickelt eine digitale Agenda, die zeigt, wie unsere gemeinsame Zukunft aussehen kann? Dieses Feld hat die Politik längst der Wirtschaft überlassen. Wir wollen politische, demokratische und zivilgesellschaftliche Antworten auf die großen Zukunftsfragen finden, diskutieren und umsetzen.

Bildung #brauchtBEWEGUNG

Bildung ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben in der Gemeinschaft – im digitalen Zeitalter wird es noch wichtiger, Menschen zu befähigen, ihre individuellen Talente zu entfalten.

Wir wollen, dass **Bildung von der Kita bis zur Uni kostenlos** ist. Um das zu finanzieren und zugleich die **Qualität zu verbessern, die Infrastruktur zu modernisieren** und **Inklusion erfolgreich zu gestalten**, muss Deutschland endlich deutlich **mehr Geld in Bildung investieren**. Deshalb wollen wir die staatlichen Bildungsausgaben auf sieben Prozent des BIP erhöhen.

Kitas sollen als erste Bildungsstätte anerkannt und entsprechend geschätzt und weiterentwickelt werden. Ab dem ersten Geburtstag muss **für jedes Kind ein hochwertiger Betreuungsplatz mit gut ausgebildeten Betreuer/innen** und einem altersgerechten Betreuungsschlüssel zur Verfügung stehen.

Unser Ziel ist eine **Vereinheitlichung der Schulbildung** in allen Bundesländern sowie ein Konsens innerhalb der EU, um Chancengleichheit, eine Vergleichbarkeit der Abschlüsse sowie maximale Freizügigkeit der Familien zu erreichen. Zugleich müssen Bildungseinrichtungen innerhalb dieses Rahmens frei und eigenständig neue Wege gehen sowie schnell und flexibel arbeiten können, um **mehr individuelle Bildung für alle** erreichen zu können.

Digitalisierung #brauchtBEWEGUNG

Die Digitalisierung prägt mittlerweile fast alle Bereiche unseres Lebens, das Internet hat sich zu einem wichtigen Bestandteil des privaten und beruflichen Alltags der meisten Menschen entwickelt. Damit ist der Zugang zum Internet auch elementarer Bestandteil gesellschaftlicher Teilhabe geworden.

Wir wollen, dass in Deutschland lebende Menschen einen Rechtsanspruch auf einen Internetzugang haben, und fordern, den **Breitbandausbau endlich mit der gebotenen Dringlichkeit und Entschlossenheit voranzubringen**. Dabei darf insbesondere der **ländliche Raum nicht vernachlässigt** werden, da der Verzicht auf schnelles Internet ansonsten einen weiteren gravierenden Standortnachteil für kleine Städte und Gemeinden bedeutet.

Im Zeitalter der digitalen Medien und des Plattform-Kapitalismus muss das Urheberrecht weiterentwickelt werden. Dabei gilt es, den Interessen von Urheber/innen am Schutz ihrer kreativen Leistung genauso gerecht zu werden wie dem Interesse der Allgemeinheit an der Nutzung dieser Leistung. Wichtig ist uns dabei, „kleinere“ **Künstler/innen und Urheber/innen gegenüber großen Rechteinhabern und Plattformbetreibern zu stärken**. Die kulturelle Vielfalt können wir nur bewahren, wenn mit den Urheberrechten ausreichend Geld verdient werden kann.

Der in diesem Jahr beschlossene „Staatstrojaner“ und andere Maßnahmen haben die Möglichkeiten der Strafverfolgung bei der Online-Durchsuchung und Telekommunikationsüberwachung über ein angemessenes Maß hinaus ausgeweitet. Ein Generalverdacht und eine Überwachung ohne konkrete Verdachtsmomente müssen vermieden werden. Insbesondere die Möglichkeiten zur Überwachung ohne gerichtlichen Beschluss widersprechen dem demokratischen Prinzip der Gewaltenteilung. Deshalb fordern wir die Rücknahme dieser Befugnisse. Zukünftige Sicherheitskonzepte dürfen **keine pauschale Überwachung aller Bürger/innen** ermöglichen, sondern nur die individuelle Überwachung konkreter Tatverdächtiger auf Basis einer richterlichen Erlaubnis.

Infrastruktur #brauchtBEWEGUNG

Seit Jahren beherrscht ein Spardiktat die öffentlichen Haushalte. Doch an vielen Stellen fehlen dringende Investitionen in die öffentliche Infrastruktur. Wir wollen deren Sanierung und zukunftsfähige Weiterentwicklung nicht allein künftigen Generationen überlassen.

Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post, Straßen, Flüsse und Eisenbahnen werden zum Transport von Energie, Rohstoffen, Waren oder Daten genutzt. Sie sind Teil der öffentlichen Infrastruktur, aber nicht mehr ausschließlich in öffentlicher Hand. Da ein Aufbau paralleler Netze in den meisten Fällen fast unmöglich ist, kann ein Wettbewerb nicht gewährleistet werden, sodass sich faktisch Monopole bilden. Die Privatisierung sorgt schon heute dafür, dass Netze aus Profitgründen nicht so ausgebaut werden, wie es notwendig ist. Dennoch gibt es weitere Privatisierungspläne, etwa für die Autobahnen. Wir fordern: **Alle Netze müssen zurück in staatliche Hand. Netzneutralität für alle Netze muss ins Grundgesetz geschrieben werden.** Private Unternehmen dürfen diese Netze nutzen, um Wettbewerb entstehen zu lassen. Dabei müssen aber Kriterien erfüllt werden, die nicht nur faire Preise ermöglichen, sondern auch soziale Dimensionen berücksichtigen.

Die Abwanderung vieler Menschen vom Land in die Städte führt dazu, dass die Strukturen von Kleinstadt- und Dorfgemeinschaften kaum aufrechterhalten werden können. Dem ländlichen Raum kommt jedoch beim Weg in das regenerative Zeitalter eine strategische Bedeutung zu. Er ist Lieferant von erneuerbaren Energien und bietet die Voraussetzung zur Nutzung der Wasserkraft sowie die Fläche zur Nutzung von Windkraft und Photovoltaik auf Dächern und Konversionsflächen. Wir wollen deshalb die Weichen so stellen, dass der ländliche Raum sein Potential nutzen kann und damit **Lebensqualität und Zukunft im ländlichen Raum sichern.** Wir wollen kleine und mittlere Unternehmen beim Erhalt einer dezentralen Wirtschaftsstruktur sowie bei der **Sicherung und Schaffung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen** unterstützen.

Wir alle schimpfen auf den Verkehr, die Abgase, den ständigen Stau, die vielen Autos und die vollgestopften Straßen. Wir alle wissen, dass unsere Art der Mobilität durch Abgase und Unfälle tausende Tote fordert, extrem klimaschädlich wirkt und Stadt und Land unter Beton erstickt. Es ist Zeit, daran etwas zu ändern! Wir fordern eine **sozial-politische, gesundheitliche und ökologische Verkehrswende**. Stadt- und Verkehrsplanung brauchen ein neues Leitbild, das nicht das Individualrecht auf automobiler Fortbewegung ins Zentrum rückt, sondern dem allgemeinen Recht auf nachhaltige Nutzung Vorrang gibt. Egal ob zu Fuß, im Rollstuhl, Bus, Auto oder auf dem Fahrrad: **Jeder Mensch soll sich gleichberechtigt, frei und sicher auf Straßen und Plätzen bewegen dürfen.**

Impressum

DEMOKRATIE IN BEWEGUNG (DiB)

V.i.S.d.P.: Julia Beerhold, Dr. Alexander Plitsch (Bundesvorsitzende)

Brunnenstraße 64/65

13355 Berlin

hallo@bewegung.jetzt

Vom Bundesparteitag bestätigte Initiativen

- Abschaffung des Zweiklassengesundheitswesens
- Abschiebestopp für Roma
- Absenkung der 5%-Hürde und Ersatzstimme für bessere Repräsentanz im Bundestag
- Antisemitismus entschlossen bekämpfen
- Asyl und Flucht: Menschengerechte Lösungen
- Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE)
- Begrenzung und mehr Transparenz bei privaten Parteispenden
- Bildung, die Grundlage für unsere Gesellschaft und Gerechtigkeit
- Bildungsausgaben deutlich erhöhen
- Deutschland soll ein säkularer und laizistischer Staat werden
- Digitale Agenda
- Eine gerechte Welthandelspolitik, ohne CETA, JEFTA und Co.!
- Eine neue Form der Demokratie - Los jetzt!
- Einführung eines bundeseinheitlichen Gehörlosengeldes
- Emissionsabgabe (ehemals CO2 Steuer)
- Energiewende
- Ergänzung des Asylgesetzes (AsylG)
- Ergänzung des Gleichheitsartikels im Grundgesetz (Art. 3 Abs. 3 GG)
- EU-Handelsabkommen müssen demokratisch, gerecht und nachhaltig sein.
- Europaweites Gentechnikverbot in der Landwirtschaft
- Flächendeckende nachhaltige Mobilität
- Flächendeckender muttersprachlicher Unterricht
- Förderung des ländlichen Raumes
- Frauenquote in Führungsgremien
- Frühförderung in Gebärdensprache für Kinder mit Hörbehinderung
- Für eine selbstbestimmte und individuell betreute Geburt
- Gebärdensprache als Amtssprache
- Gegen Lebensmittelverschwendung - Für eine nachhaltige Welt
- Gender Pay Gap - die Lücke schließen!
- Gerechtes Rentensystem
- Gewalt gegen Frauen stoppen!
- Hartz-IV Sanktionen abschaffen
- Höchstgrenzen für Erbschaften und Einkommen
- Initiative zur Kooperation mit DiEM25
- Integration der Kinderrechte in das Grundgesetz
- Internationale Armutsbekämpfung
- Keine Patentierbarkeit von Pflanzen und Tieren in Deutschland und Europa
- Kostenloser Telefonvermittlungsdienst (24 Std) für Gehörlose
- Legalisierung von Cannabis
- Legislativer Fußabdruck (Lobbyismus kontrollieren)

- Leitlinien einer zukunftsorientierten Gesundheitspolitik
- Leitlinien zur Außen- und Friedenspolitik
- Lohndumping durch Leiharbeit stoppen!
- Lückenlose Mietpreiskontrolle
- Meine Daten gehören mir
- Minderheitsregierung unterstützen
- Mindestlohn oberhalb der Armutsgrenze (12 €)
- Moderner bezahlbarer Wohnraum
- Nachhaltige Sanierung von Schulen und Kindergärten
- Netze in Bürgerhand
- Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare
- Ökologische Landwirtschaft (strengere Version)
- Platz zum Leben statt autogerechter Städte
- Professionelle aktive Sterbehilfe jetzt - Unser Ende gehört uns!
- Rassismus in Deutschland bekämpfen.
- Rechtswidrige Polizeigewalt stoppen!
- Reform der Einkommensteuer inklusive Mindestsicherung
- Reform der Nutztierhaltung
- Reformen bei der Umsatzsteuer
- Respekt für geistige Leistung und künstlerische Arbeit
- Schulbildung soll Bundessache werden
- Schutz der Bevölkerung vor gesundheitsschädigenden Infraschall-Ereignissen
- Staatliche Unterstützung von Alleinerziehenden
- Staatliche Wohnungslosenhilfe
- Systemisches Konsensieren (SK) in die Entscheidungsfindung einführen
- Teilhabe hörbehinderter Menschen am gesellschaftlichen Leben
- Transparenz und Gerechtigkeit im Kleiderschrank - das „2. Preisschild“ muss her!
- Unsere Europäische Initiative zur Gründung der VSE
- Verbindliches Lobbyregister einführen (Lobbyismus kontrollieren)
- Verbot des Einsatzes von Glyphosat
- Verbot von geschlechtsdiskriminierender und sexistischer Werbung
- Verbot von Racial Profiling
- Verbot von Unternehmensspenden und Partei-Sponsoring (Lobbyismus kontrollieren)
- Vereinfachung der Änderung des Personenstandes für inter-/transsexuelle Menschen
- Verhütung darf nicht am Geld scheitern (kostenfreier Zugang für alle)
- Vermögensobergrenzen (UM-FAIR-TEILUNG 2)
- Vielfalt und gleichberechtigte Teilhabe ins Grundgesetz
- Volksabstimmungen / Bürgervotum / Bürgerwahlen / Bürgerentscheidungen jetzt!
- Vollständige Offenlegung der Nebeneinkünfte (Lobbyismus kontrollieren)
- Vollständige Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention
- Wahlfach Deutsche Gebärdensprache an allen Schulen
- Wahlrecht für alle in Deutschland lebenden Menschen
- Warum DiB eine proeuropäische Partei ist
- Wasser als Grundrecht eintragen und es als allgemein öffentliches Gut sichern
- Wissenschaftliche Studien transparent machen